



**Klima
Allianz**
Deutschland

Positionspapier
für Politik und
Entscheider*innen

endlich handeln

Klimaschutzversprechen
national umsetzen





Endlich handeln:

Klimaschutzversprechen national umsetzen

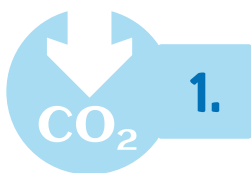
Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit – hierin besteht weitgehend gesellschaftlicher und politischer Konsens. Die Bundesregierung hat zahlreiche internationale Ereignisse in der Vergangenheit erfolgreich dafür genutzt, Klimaschutz ganz oben auf der politischen Agenda zu verankern. Bei den Verhandlungen zum Pariser Abkommen hat sie sich für den wichtigen Zusatz eingesetzt, die globale Erwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Bei der Umsetzung der internationalen Beschlüsse im eigenen Land herrscht hingegen Stillstand. So wird Deutschland sein Klimaziel 2020 krachend verfehlen. Auch auf europäischer Ebene ist die Bundesrepublik vom Antreiber zum Bremsen geworden.

Ob beim Ausbau Erneuerbarer Energien oder bei den Klimaschutzzusagen, eine ganze Reihe von Staaten liegen mittlerweile gleichauf oder sind bereits vorausgegangen. In Deutschland kommen Klimaschutzprojekte nur langsam voran oder laufen in die falsche Richtung. Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und die schwache Ausgestaltung des Klimaschutzplans 2050 zeigen, dass die Bundesregierung sich bisher scheut, die nötigen Schritte effektiv anzupacken. Durch weiterhin stagnierende Treibhausgasemissionen gerät Deutschland immer weiter ins Hintertreffen und muss umso dringender eine Wende in der Emissionsentwicklung einläuten. Dabei geht es schon lange nicht mehr um die Frage des Ob, sondern nur noch um das Wie und Wann. Die Transformation hin zu einer klimafreundlichen und gerechten Gesellschaft ist unabdingbar – und sie bietet viele wirtschaftliche Chancen.

Die zentrale Voraussetzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung im Zeichen des Klimaschutzes ist ihre faire, sozial- und geschlechtergerechte Gestaltung. Dazu gehören gleichwertige Lebensverhältnisse und Lebensperspektiven, Gute Arbeit sowie Bildungsstrategien, die nachhaltige berufliche Handlungskompetenzen fördern. Menschen müssen einen gerechten Anteil an der von ihnen erwirtschafteten Wertschöpfung, am sozialen Fortschritt und der gestiegenen Lebensqualität erhalten, die sie durch ihre Arbeit ermöglichen.

Deutschland hat sich international verpflichtet, seinen fairen Beitrag sowohl zur Minderung der globalen Treibhausgasemissionen als auch zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu leisten. Dies bedeutet eine Reduktion der nationalen Treibhausgasemissionen um mindestens 95 Prozent bis spätestens 2050 und eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. Um diese Ziele zu erreichen, sind weitreichende Veränderungen in der Energieversorgung, im Verkehr und in der Landwirtschaft notwendig. Hierfür braucht es eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und Lösungen, mit denen die Transformation eine Erfolgsgeschichte für die Menschen werden kann. Die Politik darf die Chance nicht verpassen, den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu einem solidarischen Gemeinschaftsprojekt zu machen.

15 Forderungen an die Bundesregierung



1.

Damit Deutschland sein Klimaziel von 40 Prozent Treibhausgasreduktion bis 2020 so schnell wie möglich erreichen kann, fordert die Klima-Allianz Deutschland ein **Klimaschutz-Sofortprogramm**. Bis 2017 wurde der Ausstoß von Treibhausgasen erst um 28 Prozent gegenüber 1990 reduziert, die Lücke beträgt über zehn Prozentpunkte. Mit einer ambitionierten Stilllegung von Kohlekraftwerken ist das Klimaziel noch zu schaffen.

Gleichzeitig sollte das Sofortprogramm für alle Sektoren die Weichen so stellen, dass künftige Klimaziele sicher erreicht werden. Für die im Klimaschutzplan 2050 festgeschriebenen CO₂-Obergrenzen für die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft muss die Bundesregierung jetzt konkrete Maßnahmen definieren.



2.

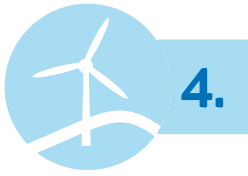
Für das Jahr 2019 hat die Bundesregierung angekündigt, ein **Klimaschutzgesetz** zu beschließen. Die Klima-Allianz Deutschland fordert, dass sie darin einen verbindlichen Reduktionspfad verfolgt entlang von ambitionierten Sektorzielen, mit dem Ziel mindestens 95 Prozent weniger Treibhausgasemissionen bis 2050 zu erreichen. Ein solcher verbindlicher Reduktionspfad ist Grundlage für eine treibhausgasarme Volkswirtschaft und schafft für Wirtschaft und Politik Planungs- und Investitionssicherheit.



3.

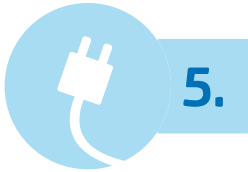
Die Klima-Allianz Deutschland fordert, dass die Bundesregierung umgehend einen **gesetzlich verankerten Kohleausstieg** auf den Weg bringt. Dieser soll wissenschaftsbasiert auf Grundlage der Klimaziele von Paris erfolgen. Mit Blick auf das Klimaziel 2020 muss schon kurzfristig die Hälfte der Kohlekraftwerke vom Netz. Nur mit einem zügigen Einstieg in den Ausstieg sowie einem entsprechend ambitionierten Ausstiegspfad kann die Energiewende gelingen. Dies bedeutet auch, Planungen für den Bau neuer Kraftwerke oder die Erweiterung von Tagebauen einzustellen und bestehende Tagebaue im Zuge des Kohleausstiegs zu verkleinern.

Den Strukturwandel in den Braunkohleregionen gilt es aktiv zu gestalten und finanziell abzusichern, unter anderem über einen Strukturwandelfonds. Durch eine langfristige, sozial verträgliche Planung und staatliche Unterstützung der Kohleregionen kann der Übergang zu einer zukunftsweisenden, klimagerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur gestaltet werden. Dabei sollte die Bundesregierung sicherstellen, dass die Tagebaubetreiber sämtliche Folgekosten tragen, Subventionen abgebaut und die Rückstellungen der Betreiber überprüft und gesichert werden.



4.

Die Klima-Allianz Deutschland fordert die Bundesregierung auf, den **Ausbau der erneuerbaren Energien** deutlich zu verstärken, anstatt ihn, wie bei den letzten EEG-Reformen geschehen, drastisch zu bremsen. Hierzu gehört ein sektorenübergreifender Zubau der Erneuerbaren Energien, der auf das Ziel zugeschnitten ist, bis 2050 95 Prozent weniger Treibhausgase auszustoßen als 1990. Die Ausbauziele für die Jahre 2025 und 2035 sowie kompatible jährliche Mindestausbaumengen sollten entsprechend steigen.



5.

Die Klima-Allianz Deutschland fordert, dass die **Energiewende** sozial gerecht, naturverträglich und unter Einbeziehung der Bürger*innen vorangetrieben sowie im Sinne des globalen Gemeinwohls gestaltet wird. Eine möglichst gerechte Finanzierung der Energiewende, bei der jeder Mensch die Möglichkeit zur Teilhabe hat, ist wichtig für deren Akzeptanz in breiten Bevölkerungsschichten. Im Mittelpunkt einer **gerechten Strukturentwicklung** (JustTransition) muss auch die Frage stehen, wie die Energiewende zu einem Beschäftigungsaufbauprogramm entwickelt werden kann. Klima- und energiepolitische Langfristziele sollten deshalb mit beschäftigungspolitischen Zielen verbunden werden. Die Klima-Allianz Deutschland fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf, klare, allgemein gültige raumplanerische und naturschutzfachliche Rahmenbedingungen für die Erneuerbaren Energien zu setzen, um unnötige Naturbelastungen zu vermeiden.



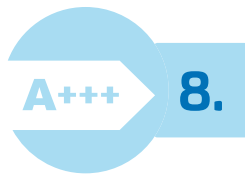
6.

Sämtliche **klima- und umweltschädlichen Subventionen** sind schrittweise bis 2025 abzuschaffen, wie es die G7-Staaten beschlossen und immer wieder bekräftigt haben. Daran anschließend fordert die Klima-Allianz Deutschland einen planbaren und sozialverträglichen Abbau der Subventionen, der gerade einkommensschwache Beschäftigte nicht benachteiligt. Insbesondere abzubauen sind das Dieselprivileg, die Mehrwertsteuerbefreiung internationaler Flugreisen, Steuervorteile der eingesetzten Kraftstoffe im Schiffs- und Flugverkehr, Steuervorteile für Dienstwagen sowie die Entfernungspauschale, ungerechtfertigte Industrieprivilegien, Förderung fossiler Energien und nicht nachhaltige Landwirtschaftssubventionen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich für den Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen auch auf EU-Ebene einzusetzen.



CO₂ braucht einen Preis, damit sich Klimaschutz für Menschen und Unternehmen auch wirtschaftlich lohnt. Ohne ein klares CO₂-Preissignal für alle Sektoren sind die mittel- und langfristigen Klimaziele nur schwer zu erreichen. Die Bundesregierung sollte die Initiative für einen wirksamen und planbar steigenden CO₂-Mindestpreis ergreifen und hierfür mit der wachsenden Zahl von EU-Staaten, die dazu bereit sind, vorangehen. Sie sollte Unternehmen darüber hinaus verpflichten, in einem Stresstest gegenüber Finanzmarkt und Öffentlichkeit zu zeigen, wie sie für Treibhausgasneutralität bis 2050 und einen entsprechenden CO₂-Preis gerüstet sind.

Um die CO₂-Bepreisung möglichst aufkommensneutral und sozial gerecht zu gestalten, sollte das bestehende Energiesteuer- und Umlagesystem im Rahmen einer ökologischen Finanzreform grundlegend umstrukturiert werden. Die Klima-Allianz Deutschland fordert darüber hinaus, dass gesellschaftliche Kosten nicht nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten sich vollständig im Preis niederschlagen. Zum einen entsteht so ein Anreiz, weniger CO₂ freizusetzen, um die Schäden für die Allgemeinheit, kommende Generationen und vor allem arme Menschen in anderen Ländern zu verringern. Zum anderen können die Einnahmen für mehr Klimaschutz und den Schutz der vom Klimawandel bedrohten Menschen genutzt werden.

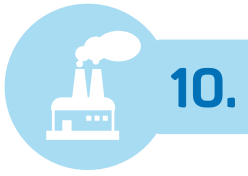


Die Klima-Allianz Deutschland fordert, dass **Energieeinsparung und Energieeffizienz** zu einer tragenden Säule der Energiewende werden. Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Energieverbrauch bis spätestens 2050 halbiert sein. Dafür braucht es verbindliche Effizienzziele und der Energieverbrauch in allen Sektoren muss sinken. Ein wichtiges Instrument dafür ist ein Effizienzgesetz. Voraussetzungen für die wirkungsvolle und kosteneffiziente Zielerreichung sind die langfristige und verlässliche Finanzierung, die zentrale Koordinierung von Energieeffizienzmaßnahmen sowie ein ausgewogener Instrumentenmix aus Beratung und Information, marktwirtschaftlichen Anreizinstrumenten und Energiestandards für Geräte und Gebäude.



Über ein Drittel der Endenergienutzung fällt im **Gebäudesektor** an. Gemäß dem Pariser Klimaabkommen muss der gesamte Gebäudebestand bis spätestens 2050 klimaneutral sein. Dies setzt jedoch voraus, dass jährlich deutlich über 2 Prozent der Gebäude saniert werden. Die Klima-Allianz Deutschland fordert, dass die Bundesregierung hier rechtlich verbindliche Rahmenbedingungen und investitionsrelevante wirtschaftliche Anreize schafft.

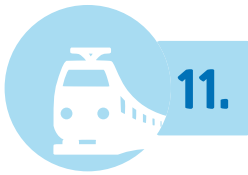
Dabei spielen Energiesuffizienz, Energieeffizienz, die Anpassung von Miet- und Sozialrecht und die steigende Nutzung naturverträglicher Erneuerbarer Energien im Gebäudebereich eine elementare Rolle. Die Zusammenlegung des Energieeinspargesetzes und des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes in ein künftiges Gebäudeenergiegesetz sollte genutzt werden, um die Standards bei Neu- und Altbauten anzuheben.



10.

Die Sektoren **Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen** (GHD, ohne Wärme) sind für mehr als ein Viertel der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Bis zum Jahr 2050 müssen beide Sektoren nahezu treibhausgasneutral werden. Es bedarf eines grundlegenden Strukturwandels der Industrie, denn eine starke Steigerung der Effizienz und Produktivität wird nur mittelfristig ausreichen. Zu den Herausforderungen gehören die sehr ambitionierte Reduktion des absoluten Energiebedarfs, die Umstellung der Herstellungsprozesse von Wärme- auf Stromverbrauch (einschließlich Power-to-X), eine stärkere Flexibilisierung beziehungsweise Systemdienlichkeit des Verbrauchs und eine konsequente Abwärmenutzung trotz derzeit langer Amortisationszeiten. Die Klima-Allianz Deutschland fordert die Bundesregierung auf, die politischen Rahmenbedingungen für eine dynamische Entwicklung der notwendigen technologischen Innovationen zu schaffen, z. B. durch ein Markteinführungsprogramm zu Low-Carbon-Technologien in den Grundstoffbranchen.

Parallel sollten die Instrumente weiterentwickelt und fokussiert werden, die die energieintensive Industrie vor gravierenden Nachteilen im internationalen Wettbewerb schützen.



11.

Die Klima-Allianz Deutschland fordert eine **ökologische Verkehrswende**, in der alle Antriebe spätestens im Jahr 2050 ohne fossile Brennstoffe auskommen. Zentral hierfür sind Verkehrsvermeidung und die Verlagerung auf umweltfreundliche CO₂-freie und -neutrale Verkehrsträger sowie eine drastische Verringerung des Energiebedarfs. Daran soll sich auch die von der Bundesregierung einberufene Nationale Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) orientieren. Der Koalitionsvertrag bietet bereits erste Ansätze zur Stärkung der Schiene. Dafür bedarf es ausreichender Mittel und einer raschen Umsetzung. Die bisherige Bundesverkehrswegeplanung muss komplett umgestellt werden zugunsten eines Bundesmobilitätsplans, der alle Verkehrsträger umfasst und sich an Verlagerungs- und Umweltzielen orientiert.

Die Klima-Allianz Deutschland fordert die Bundesregierung auf, die Verkehrswende rechtzeitig einzuleiten. Dazu braucht es ein verbindliches Enddatum für die Neuzulassung konventionell angetriebener Fahrzeuge, das der Nutzungsdauer Rechnung trägt. Auf europäischer Ebene soll sich die Bundesregierung für eine ambitioniertere Fortschreibung der CO₂-Grenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge für die Jahre 2025 und 2030 einsetzen. Für Lkw sollen erstmals CO₂-Grenzwerte eingeführt werden. Die entsprechenden Vorschläge der EU-Kommission reichen hierbei nicht aus.

Die Privilegierung des **umwelt- und klimaschädlichen Luftverkehrs** muss abgebaut und effektive Umweltschutzzinstrumente wie die Luftverkehrssteuer auf nationaler und EU-Ebene weiterentwickelt werden. Die Klima-Allianz Deutschland fordert die Bundesregierung auf dafür zu sorgen, dass das von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) entwickelte globale Klimaschutzregime im Luftverkehr nicht nur auf dem Papier, sondern real zu einer deutlichen Verringerung der Klimawirksamkeit des Luftverkehrs führt.



Landwirtschaft muss bis 2050 klimaneutral sein. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die Klima-Allianz Deutschland die Bundesregierung auf, bereits heute erhebliche Maßnahmen anzuschieben. Hierzu gehören die konsequente Ausdehnung der ökologischen und tiergerechten Landwirtschaft, ein konsequenter Schutz kohlenstoffreicher Böden, der Humusaufbau in Ackerböden, eine deutliche Reduzierung von Stickstoffdüngung und Stickstoffüberschüssen, der Erhalt und die Ausdehnung von Dauergrünland, die Reduktion der Bestände in der Tierhaltung sowie eine flächengebundene und tiergerechtere Haltung landwirtschaftlich genutzter Tiere. Der Umbau der Tierhaltung muss mit Fördermitteln sowie einer verbindlichen staatlichen Haltungskennzeichnung zur Unterstützung der Agrarbetriebe flankiert werden. Sozialverträglichkeit, die Belange von Arbeitnehmer*innen und der Erhalt bäuerlicher Strukturen sind dabei zu berücksichtigen. Deutschland hat sich dem Ziel der Vereinten Nationen verpflichtet, bis 2030 die Lebensmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene zu halbieren. Die Klima-Allianz Deutschland fordert in Anlehnung daran, dass die Bundesregierung eine gesamtgesellschaftliche Strategie entwickelt, wie sie dieses Ziel erreichen und wie sie den Konsum tierischer Produkte senken will. Aufklärung und Transparenz für die Verbraucher*innen sind dabei ein wesentliches Mittel.

Die Bundesregierung muss sich ebenfalls dafür einsetzen, die natürlichen Treibhausgasspeicher der **Wälder und Moore** zu schützen und, wo sinnvoll, darüberz hinaus zu fördern. Hierfür müssen gerade in staatlichen und privaten Wirtschaftswäldern eine höhere Naturnähe mit deutlicher Steigerung der Vorräte von Holz, Totholz und Humus sowie die Wiederherstellung des natürlichen Wasserhaushalts das Ziel sein. Zur Optimierung der Treibhausgasspeicher und zur Erforschung der Anpassungsprozesse von Wäldern an den Klimawandel sollten mindestens fünf Prozent der Wälder nicht bewirtschaftet werden. Die Bundesregierung soll sich dafür starkmachen, den Verbrauch von kurzlebigem Holz(-produkten) zu minimieren, durch klima- und umweltverträgliche Stoffe zu ersetzen und so auch den Druck auf Land- und Waldnutzung in anderen Ländern zu verringern. Der Weg dahin führt über möglichst naturverträglich und in nachhaltigen einheimischen Wäldern erzeugtes Holz, langlebige Holzprodukte und die mehrfache Verwertung von Rohstoffen. Zum Schutz und zur Renaturierung von Mooren braucht es ein Maßnahmenpaket mit entsprechender finanzieller Unterstützung. Es gilt Prozesse zu unterstützen, die auch in anderen Teilen der Welt nachhaltige Produktion und Verwendung von Holz als echtem Ökoprodukt etablieren.

Zum Schutz wichtiger Kohlenstoffspeicher wie Regenwälder, Savannen und Feuchtgebiete sowie der Ernährungssicherheit in vielen Anbauländern müssen insbesondere Futtermittel- und Bioenergieimporte in die EU deutlich reduziert und an die Einhaltung von strikten Menschenrechts- und Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden.

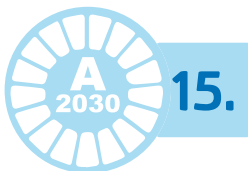


Die Klima-Allianz Deutschland fordert einen **Kulturwandel für nachhaltigen Klimaschutz** in der Gesellschaft. Eine transformative Bildung für nachhaltige Entwicklung muss in allen formalen, non-formalen und informellen Bildungssystemen strukturell verankert und finanziell abgesichert werden. Nur so kann die gesamte Bevölkerung, vor allem junge Menschen, befähigt werden, sich politisch und strukturverändernd für eine klimafreundliche, global gerechte Gesellschaft zu engagieren und diese partizipativ mitzugestalten. Die Verankerung von Globalem Lernen, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz in allen Lehrplänen und Prüfungsordnungen sowie in Fortbildungsangeboten für Lehrende ist hierfür notwendig. Das Angebot und eine stärkere Förderung von schulischen und außer-schulischen Aktivitäten zur Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bereich Klimaschutz, Lebensstile und nachhaltiger Konsum müssen weiter ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche sollten an der Gestaltung und Umsetzung von Globalem Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung umfassend beteiligt werden. Auch Migrant*innen müssen durch kulturspezifische Anspracheformen und Angebote mehr Zugang zu diesem Thema bekommen.



Die Klima-Allianz Deutschland fordert, dass die Bundesregierung sich für die **Erhöhung der Klimaschutzziele der EU** einsetzt. Um das Pariser Abkommen in der EU angemessen umzusetzen, ist es geboten, die EU-Klimaschutzziele von 20 auf 30 Prozent bis 2020 und von mindestens 40 auf mindestens 55 Prozent Emissionsreduktion bis 2030 anzuheben (jeweils gegenüber 1990). Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) muss in Einklang mit diesen Zielen stehen. Das EU-Klimaziel für 2050 sollte auf mindestens 95 Prozent angehoben werden, um einen angemessenen Beitrag zur Erreichung des globalen Langfristziels zu leisten.

Die Beschlüsse zur Anhebung der Ziele für Energieeffizienz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Rahmen des Paketes „Saubere Energie für alle Europäer“ genügen nicht, um das anzustrebende Gesamtreduktionsziel von mindestens 55 Prozent für 2030 zu erreichen. Daher sollte sich die Bundesregierung auch für eine weitergehende Steigerung dieser Ziele einsetzen. Die Reform des Europäischen Emissionshandels hat noch immer keinen investitionsrelevanten CO₂-Preis in den betreffenden Sektoren geschaffen. Deshalb fordert die Klima-Allianz Deutschland eine zielgerichtete Initiative zur CO₂-Bepreisung in allen Sektoren.



Entsprechend der **Agenda 2030** muss die Bundesregierung sich dafür einsetzen, die **globalen Nachhaltigkeitsziele** sowie das Pariser Klimaabkommen zu konkretisieren und ambitioniert umzusetzen.



Klimaschutz ist auch eine **Frage der Geschlechtergerechtigkeit**. So sind Frauen häufig stärker von der Klimakrise betroffen und spielen bei vielen Lösungsstrategien eine hervorgehobene Rolle. Geschlechterdifferenzierte Daten sollten erhoben und für Lösungsstrategien genutzt werden. Ein Impact Assessment sollte sicherstellen, dass Lasten und Gewinne gerecht verteilt und veraltete Geschlechterrollen nicht tradiert werden.

Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und globale Entwicklungsaufgaben sind gemeinsam zu bearbeiten. Entwicklungsfortschritte dürfen nicht einem fortschreitenden Klimawandel zum Opfer fallen. Der Finanzierungsbedarf für Klimaschutz und Anpassung an die Klimaveränderungen im Globalen Süden wird in den nächsten Jahren stetig wachsen. Die zentrale Herausforderung ist dabei, die Unterstützung über öffentliche Entwicklungsfinanzierung hinaus auf eine verlässliche Basis zu stellen. Die Klima-Allianz Deutschland fordert die Bundesregierung auf, hierfür weitere Geber zu gewinnen. Die Entwicklung und Verbreitung abgasfreier und armutsmindernder Technologien (low carbon development) sollte massiv gefördert werden, anstelle von Subventionen für fossile Energieträger. Länder, die absehbar durch die Folgen des Klimawandels in ihrer Existenz bedroht sind oder massiv geschädigt werden, sind durch internationale Programme finanziell abzusichern. Ein Beispiel dafür ist der Internationale Warschau-Mechanismus für klimabedingte Schäden und Verluste. Insbesondere armen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen gilt es, nachhaltige Perspektiven zu bieten.

Die Mitgliedsorganisationen der Klima-Allianz Deutschland:



Impressum

Herausgeber

Klima-Allianz Deutschland

V.i.S.d.P.: Dr. Christiane Averbeck

Invalidenstr. 35

10115 Berlin

Tel.: 030.780 89 95-10

info@klima-allianz.de

Die **Klima-Allianz Deutschland** ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit mehr als 120 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte Klimapolitik und eine erfolgreiche Energiewende auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen.

Weitere Informationen zur Arbeit der Klima-Allianz Deutschland finden sich unter www.klima-allianz.de
www.facebook.com/klimaallianz
[twitter @klima_allianz](https://twitter.com/klima_allianz)

November 2018

